

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kampf
in den Preußen- und Jugendzeitung einmündlich 80 Pf.
in der Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Osterr.-Ungarn 3.—. Erscheint tagl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, U. Telefon 3465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769.
Geschäftszeit von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 39.

Dresden, Mittwoch den 17. Februar 1909.

20. Jahrg.

Im Schlamm der Großstadt.

Mancher „geborene Verbrecher“ stirbt nach einem ehren-
vollen Leben als Konviktorialrat, Hofprediger oder Minister,
beraubt nicht nur von seiner Familie, sondern von weiten
Teilen der Bürgerschaft. Die verderblichen Anlagen, die in
ihm schlummerten, blieben zurückgedämmt, weil glückliche
Umfälle, eine sorgsame Erziehung, die dauernde ston-
dige Borgehänge und durch die öffentliche Meinung ihnen
Spielraum zur Entfaltung liehen. Wäre der Mann,
so als Jugendheld gepriesen wurde, in der Wohnküche
Proletarierfamilie geboren worden, hätte er seine Jugend
dem Joke einer Mietskasernen und auf den Straßen durch-
leben müssen, wäre sein Geist nur in der karglichen Volks-
schule ein wenig angegriffen worden und hätte ihn dann des
schicksal rauh in Not und Entbehrung hineingeworfen
dann hätten die wilden Mächte erbitterter Unzufriedenheit eines
so wohl die Oberhand gewonnen und ihn mit den Gezeiten
der Gemeindefürst in Konflikt gebracht, in der er zu leben ge-
wogen war. Die Welt hätte dann einen Verbrecher mehr
hat. Ein „lasterhaftes Schicksal“, an dem jeder ehrbare
Mann mit tiefem Grauen vorbeizieht und dessen Ende auf
Schafott den immerlichen Jubel des gutgekleideten Pöbels
erregt.

Jakob Weisbach hat einmal gesagt, der Mensch ist, was
er isst. Dieser Satz ist eine kräftige Zusammenfassung einer
tieferen Wahrheit. In der Tat wird das individuelle
Schicksal eines Menschen in hohem Grade von den sozialen
Verhältnissen beeinflusst, in die er hineingeboren wird. Klasse,
sozialer Stand der Eltern, Beruf, Bildung, Nahrungs-
mittel, Spielraum, Möglichkeiten des Aufstiegs, Umgang mit
anderen Menschen, Wohnort, Klima, das alles und noch vieles
mehr wirken auf das Einzelwesen und bestimmen sein Geschick.
unser Körper bestimmten Anforderungen ausgesetzt ist, krank
und einer Krankheit erliegen kann, so kann auch die
geistige Verfassung infiziert werden, erkranken und durch
Krankheit zugrunde gehen. Daß die Gesamtheit der
Menschen für die öffentliche Gesundheitspflege etwas tun
müssen, ist eine allgemeine Wahrheit geworden; man errichtet
Bäder, Lungenheilstätten, Erholungshäuser, Desinfektions-
anstalten und manderlei andere Einrichtungen dieser Art.
Bedarf wird durch die Aufwendungen noch bei weitem
nicht befriedigt, sondern unausgesetzte Anstrengungen sind
erforderlich, um auch nur das Allerdringendste erst einmal zu
erreichen. Immerhin ist doch wenigstens ein Anfang gemacht
worden. Ganz anders auf dem Gebiete der Moral. Für den
Moralischen Persönlichkeit ist geschleht
uns, wenn das Einzelwesen erst einmal der Sündhaftigkeit ent-
zogen ist, überhört nichts mehr. Höchstens, daß sich ein
immer Verein für innere Mission oder eine traktanden-
tätige Jugendbewegung mit den verschiedensten Mitteln bemüht, ihre
Moralität durchzusetzen auf diesem Gebiete haben
aber die Arbeiterorganisationen zu leisten vermocht,
trotzdem Staat und Gemeinde so gut wie versagt haben. In-
dessen kann auch die Arbeiterorganisation selbst bei reger
Tätigkeit immer nur gewisse Schichten der Bevölkerung in
den Arm ziehen. Das im Schlamm der Großstadt dahin-
ziehende Element des sogenannten „Lumpenproletariats“
ist unzugänglich. Es ist geradezu das Charakteristikum
des Lumpenproletariats, daß es unorganisiert ist. Mit dem
Angebot an Organisation hängt keine innere Haltbarkeit zu-
ammen, sein innerer Zusammenhalt ist nur ein äußerlicher
Zusammenhalt und stützt sich auf die äußere Unterstützung
in einer Weltstadt wie Berlin ist, dürfte schwerlich
Sicherheit festzustellen sein, weil die Abgrenzung des Be-
triffenden ist. Wir werden wohl eher nicht feststellen, wenn
die Lumpenproletarischen Schichten auf diese Sonder-
stände einzugehen. Je nach der wirtschaftlichen Konjunktur
und nach der dadurch bedingten wirtschaftlichen, sozialen und
politischen Lage und Verfassung großer Bevölkerungsg-
ebieten steigt oder fällt die Zahl der Lumpenproletarier.
Es wäre die wichtigste Aufgabe einer jeden verständigen
und gerechten Regierung, dem Lumpenproletariat den
ökonomischen Nährboden zu entziehen, auf dem es
wächst. Dazu gehörte eine kräftige Fürsorge für das
materielle Wohlbefinden gerade der am wenigsten leistungs-
fähigen und selbständigen Schichten der Bevölkerung, eine auf-
sichtliche weisende Schulpolitik, ein Ausbau des Arbeiter-
tums und der Arbeiterversicherung weit über den Rahmen
des jetzt Bestehenden hinaus, eine organische Umgestaltung der
sozialen Eigentumsverhältnisse und eine Demokratisierung des
Staatswesens. Wir brauchen nicht zu sagen, daß heute von
allen gerade das Gegenteil geschieht: Eine so brutale wie
verrückte Ausbeutungspolitik legt die Lasten eines un-
erhörten Staatswesens vornehmlich auf die Schultern der
Arbeiterklasse; die Arbeitslosigkeit wird den Arbeitern
erzwungen, weil die Raffgier der herrschenden Klassen durch
die wuchernde Schuldenlast die Schule für die Verpflegung aus-
schließt, die Bevormundung des Volkes durch eine un-
pässliche Bürokratie nimmt immer größeren Umfang an,
das Wahlrecht wird verfallt, alle Wirtschaftsmittel des Staates
werden in den Dienst der konfuse Auffassung gestellt, alles
was ist, sei wert erhalten zu bleiben. So verfinstert die Klasse
des arbeitenden Proletariats immer mehr in wirtschaftliche

Verdrängnis und ihre Grundstimmung ist ein grauer Besinnungs-
zustand. Kein Wunder, daß viele ungenügenden Verhältnisse
schlimme Folgen zeigen. Wie esle Gewissens aus dem Körper
des Betroffenen hervorbrechen, so deuten fanni-
stische Untaten auf schlimme soziale Er-
krankung.

Seit Tagen schon wird die Bevölkerung Berlins durch
eine Anzahl von schlimmen Unfällen gequält, die nicht nur
in abendlichen Dunkel, sondern jetzt auch schon am hellen
lichten Tage in den Straßen alleingehende Frauen anbringen
und durch Messerstücke gefährlich verletzen. Der Polizei ist es
noch nicht gelungen, auch nur einen einzigen von diesen Ver-
brechern unschädlich zu machen; selbst eine bis auf 3000 M.
erhöhte Prämie des Polizeipräsidenten ist zunächst wirkungs-
los geblieben. Immerhin kann man annehmen, daß dem-
nächst der eine oder andere Verbrecher festgehalten oder durch
einen Komplizen verraten werden wird. Die Hand der Ge-
rechtigkeit wird schwer auf ihm lasten. Vielleicht wird es sich
auch herausstellen, daß diese abscheulichen Untaten von per-
versten Menschen begangen sind, denen die geistige und mora-
lische Zurechnungsfähigkeit fehlt. Man wird sie ins Zucht-
haus oder in die Irrenanstalt einperren. Und es ist kein
Zweifel, daß sich die Gesellschaft gegen unsoziale Elemente
nachdrücklich schützen muß, wenn sie nicht in ihren Grundlagen
bedroht werden soll.

Aber bei alledem sollen wir nicht vergessen, daß selbst
diese Übeltäter auf eine gerechte Beurteilung Anspruch zu
machen haben. Und da geht für jeden Verständigen sonnen-
klar aus den Tatsachen hervor, daß die Gesellschaft selbst auf
die Anklagebank gehört. 101 000 Arbeitslose sind in diesen
Tagen in Berlin gezählt worden! Wer kann die Summe des
Elends und der Verzweiflung auch nur in seiner Phantasie
ermessen, die sich hinter diesen Zahlen verbirgt? Wenn eine
Gesellschaft ihre eigenen arbeitsfähigen Mitglieder ver-
kommen läßt, wenn sie nicht einmal in stande ist, das Getriebe
ihres wirtschaftlichen Lebens sachgemäß zu kontrollieren, dann
darf sie sich nicht wundern, daß Verfall und moralische Depre-
ssion in den Kreisen der Arbeiterklasse um sich greifen. Dann
hat sie kein Recht, sich mit entrüsteten Gebärden auf den
Nichterfolg zu setzen und das Räuspern des Verbrechertums
auf die Stirne der Unsozialen zu brennen. Aus dem Schlamm
der Großstadt steigt der blutdürstige Mahner empor!

100 000 Arbeitslose in der Hauptstadt des Reichs.

Über die von der Berliner Gewerkschaftskommission in Berlin und
den Vororten veranlassete Arbeitslosenzählung hat jetzt das genaue
Resultat vor. Das gesammelte Ergebnis ist 101 300 Arbeitslose
in Groß-Berlin. Hieran entfallen auf Berlin allein 67 387 und
auf die Vororte 33 913 Arbeitslose. Wie die Gewerkschaftskommission
mitteilt, sind alle zweifelhafte Fälle (3467 Karten) ausgeschlossen
worden. Außerdem sind noch 6051 Personen, die in Herbergen und
Asylen geschäft wurden, in Abzug gebracht worden. Bei der Zählung
wurden 45 Vororte berücksichtigt.

Die Ziffern der Gewerkschaftszählung übersteigen weit die Ziffern,
die bei der amtlichen Zählung am 11. November 1908 gefunden wurden.
Die damalige Zählung durch die Stadtbehörde ergab 40 212 Arbeits-
lose. Der Unterschied ergibt sich zum Teil aus der mittlerweile erfolgten
Steigerung der Arbeitslosigkeit, mehr aber noch aus der veränderten
Methode der Aufnahme der Statistik. Der Berliner Magistrat hat
das Meldesystem benutzt; die Arbeitslosen hatten sich in den Schul-
büchern zu melden, wofür die Zahlkarten ausgefüllt wurden. Selbst-
verständlich erreicht dieses Verfahren zahlreiche Arbeitslose überhaupt
nicht. Daher beweist es nur die Unzulänglichkeit der amtlichen Be-
rechnung, wenn auch die letzten wiederholte Zählung des Berliner
Magistrats, wiederum nach dem Meldesystem, vorläufig nur die Ziffer
von 23 676 ergab; allerdings ist diese Zählung noch nicht abgeschlossen
und bezieht sich wohl nur auf die Stadt Berlin selbst.

Von behördlicher Seite sucht man die Ziffern der Gewerkschafts-
kommission zu bemängeln, um die Verantwortlichkeit des sozialen Übels,
die sie aufdecken, milder erscheinen zu lassen. Der Sozial-Anzeiger schreibt:
„Wenn das Ergebnis dieser Zählung sich als bedeutend höher
herausstellt als das von der Stadt im vorigen Jahre erzielte Resultat,
und eine Differenz ergibt, die sich für Berlin auf fast 40 000 Be-
schäftigungsgelose mehr beläuft, so wird an unterrichteter Stelle in
diesem von der Arbeiterklasse bekanntgegebenen Resultat keines-
wegs eine Desavouierung der von der Stadt ge-
wonnenen Ergebnisse erblidt. Bei der Zählung am
Sonntag sind nämlich auch die Kranken als arbeitslos mit auf-
genommen worden, und diese Kranken zählen nach vielen Tausenden.“
In dieser übertrieben Behauptung des Berliner Sozial-Anzeigers,
die er sich offenbar von innen „pauventricheten Seite“ lugieren ließ,
wird vom Zählkomitee mitgeteilt, daß selbstverständlich Kranke, die Aus-
scheid haben, nach Ablauf ihrer Krankheit wieder in ihre alte
Arbeitsstelle zurückzuführen, nicht als arbeitslos gezählt
wurden. In der Auffassung des Berliner „Sozial-Anzeigers“ kann
vielleicht die Frage auf den Zählbogen geführt haben: „Sind Sie
arbeitslos infolge Krankheit?“ Die Frage soll aber so verstanden
werden und auch durchgängig unter Mitwirkung der Zähler so be-
antwortet worden, daß sie lediglich den Grund der Arbeitslosigkeit an-
gibt. Sie ist dann mit „Ja“ beantwortet und der Erkrankte als
arbeitslos gezählt worden, wenn er seine Stellung infolge von Krankheit

verloren hatte, also noch der Krankheit wirklich arbeitslos war. In der
Berechnung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

100 000 Arbeitslose! Zum großen Teil Familienväter, in einer
einigen Stadt ohne Arbeit, ohne Erwerb, ohne Mittel zur Existenz!
Wieviel Kummer und Sorge, wieviel namenloses Elend birgt sich
in dieser Zahl! Inmitten der glänzenden Hauptstadt des Deutschen
Reichs, in der Stadt der Paläste und raffinierten Genüsse, in der
Stadt der Millionen und der tausenden Feste!

Und nicht anders ist es in den anderen Städten des Deutschen
Reichs, deselben Reichs, das nach den Ruhmestrieben der Staats-
männer jährlich an „Nationalwohlstand“ gewaltig wächst, dessen be-
stehende Klassen jährlich ihre Vermögen um Milliarden vermehren.

Welch furchtbare Anklage gegen die bestehende Gesellschafts-
ordnung und ihre politischen Organe, gegen Staat und Gemeinden, liegt
in den riesigen Zahlen der Arbeitslosigkeit! Man stelle sich eine Be-
völkerung von mehreren Hunderttausend Menschen vor, die durch eine
Elementar Katastrophe vom Verlebe abgeschnitten, gar nicht oder nur
vollständig unzureichend mit Proviant versehen werden kann — welche
Erregung menschlichen Mitleids würde sich der ganzen Welt be-
mächtigen, welche Anstrengungen würden in allen Kreisen der Gesell-
schaft gemacht werden, um die gefährdeten Menschenleben zu retten.
Die Gleichgültigkeit, mit der die bürgerliche Gesellschaft den Massen-
opfern gegenübersteht, die von den wirtschaftlichen Katastrophen unserer
Zeit gefordert werden, ist wahrhaft erschreckend.

Allerdings, wenn Bankstürze zusammenbrechen, wenn eine wilde
Panik die Börse bewegt, wenn sicher geglaubte Kapitalien sich über
Nacht zu wertlosen Papieren verwandeln und enttäuschte Spekulanten
sich eine Kugel in den Kopf jagen, dann erweist in den „besseren
Gesellschaftskreisen“ zugleich mit dem bösen Gewissen die mitleidende
Seele. Wenn aber das Industriekapital zu Produktionsbeeinträchtigungen
übergeht, durch die Tausende, Zehntausende, Hunderttausende auf die
Straße gelegt werden, ohne daß irgend jemand danach fragt, woher sie
morgen für sich und ihre Kinder das Brot hernehmen sollen, dann
reißt das Mitleid der „besseren Stände“, denen solches glücklicher-
weise ja nicht widerfahren kann, nicht über eine konventionelle Grimasse
hinweg; ein erster Wille, bessernd die Hand anzulegen, ist aber in
den herrschenden Kreisen nirgends vorhanden.

Der Verlust der bürgerlichen Kritik, von dem Ergebnis der
Zählung so viel wie möglich abzuschneiden, hätte noch einen Sinn, wenn
es sich ihr darum handeln würde, die genaue Ziffer jener Arbeitslosen
festzustellen, zu deren physischer und sozialer Lebensrettung nun etwas
Gründliches geschehen soll. Davon ist aber einmütig gar
nicht die Rede. Zwar hat die Berliner gemischte Kommission zur Ein-
richtung einer Arbeitslosenversicherung in ihrer letzten Sitzung beschlossen,
300 000 M. zur Unterstützung der Obdachlosen flüssig zu machen und
den Arbeitslosen eine Unterzählung von 1 M. täglich
auszubezahlen, doch bedarf dieser Beschluß zunächst der Bewilli-
gung durch Magistrat und Stadtvorstand, und überbleibt es noch
recht unklar, wie die Behörden in ihrer bekannten Schwermüdigkeit und
mit ihrer Neigung, Arbeitslosenfragen als Armenangelegenheit zu
behandeln, der ihnen gestellten Aufgabe gerecht werden sollen.

Den Gewerkschaften ist es zu danken, wenn das Arbeits-
losenproblem immer wieder in seiner furchtbaren Bedeutung gewürdigt
und den herrschenden Mächten vor Augen geführt wird. Seit vielen
Jahren bemühen sich die Gewerkschaften, dieses schwere, soziale Übel,
das aus der Systemlosigkeit der kapitalistischen Gütererzeugung ent-
springt, zu bekämpfen, soweit es in ihrer Kraft liegt, und die Arbeit-
erklasse selbst immer wieder die Öffentlichkeit auf die Notstände ge-
bietend hinweist, nur dann wird man hoffen können, daß endlich
einmal, wenn auch noch nicht entscheidend, aber doch bis zu einem
gewissen Grade wirksame Mittel zur Bekämpfung des Arbeitslosen-
elends ergriffen werden. Erst werden von dieser furchtbaren Ge-
fahr die Gewerkschaften nur, indem sie sich von der kapitalistischen Regel-
losigkeit und Ausbeutung befreit, indem sie den Massen die Möglichkeit gibt, die
durch die Arbeit erzeugten Güter auch wirklich ihrem Verbrauch zu-
zuweisen.

Die Eröffnung des englischen Parlaments.

Die Thronrede.

London, 16. Februar. Das Parlament wurde heute mit einer
Thronrede eröffnet, in der an erster Stelle der Besuch Eduards VII.
in Berlin besprochen und die Stärkung der freundschaftlichen Ge-
fühle zwischen England und Deutschland betont wird. Die Thron-
rede behandelt dann Fragen der auswärtigen Politik. Die
Lage in Persien bilde nach wie vor einen Grund zur Beun-
ruhigung. Die Regierung wünsche nicht, von dem Prinzip der Nicht-
einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes abzugehen,
und sei zugleich der Ansicht, daß die dortige Lage gebietet die
Einführung von repräsentativen Einrichtungen
fordere, um die Verwirklichung der unumgänglichen wirtschaftlichen,